

DER HISTORISCHE RAUM PALÄSTINA ALS SCHAUPLATZ RIVALISIERENDER MACHTINTERESSEN UND KULTURELLER BEGEGNUNGEN

Dr. Martin Schneller, Botschafter a.D.

Vortrag vor der Gesellschaft für Asiatische Kunst und Kultur und der Deutsch-Jordanischen Gesellschaft e.V. in München am 26.11.2009

Wie lässt sich der Gegenstand unserer Betrachtung definieren? Palästina ist ein geographischer, ein kultureller und ein politischer Begriff. Geographisch ist die Region Teil des fruchtbaren Halbmonds vom Mittelmeer bis Mesopotamien. Kulturell beanspruchen die drei monotheistischen Religionen Palästina als ihr «Heiliges Land». Politisch ist Palästina je nach Machtverhältnissen in dem Raum zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan angesiedelt. Der historische Raum Palästina war selten eine selbstständige Einheit, meistens war das Land vor 1945 Bestandteil größerer Reiche, des Römischen, des Byzantinischen, des Osmanischen und des Britischen Reiches.

Ich möchte in diesem Vortrag zunächst einen Überblick über die Geschichte des palästinensischen Raumes als Schauplatz miteinander konkurrierender politischer und religiöser Ansprüche, aber auch kultureller Begegnungen geben. In einem zweiten Teil sollen dann ausgewählte Aspekte der europäischen und insbesondere der deutschen Beziehungen zu Palästina beleuchtet werden.

I. Der Raum Palästina von der Antike bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs

In der Antike findet sich die Bezeichnung «Palästina» erstmals bei Herodot in der griechischen Bezeichnung als «Palaistine» auf und bürgert sich in seiner latinisierten Form als «Palaestina» in den Sprachgebrauch der alten Welt ein. Bevor das Gebiet in das Weltreich Alexanders des Großen eingegliedert wird, hatte es bereits Jahrhunderte der Machtrivalitäten zwischen Ägyptern, Assyrern und Babyloniern erlebt. Seit 63. v. Chr. wird die Region als «Syria Palaestina» Teil des Römischen und später des Byzantinischen Reiches. 638 n. Chr. erfolgt die Eroberung durch die Muslime. Der Versuch der Kreuzfahrer, mit der Gründung des Königreichs Jerusalem das Rad der Geschichte zurückzudrehen, endet 1291 mit dem Fall von Akko, der letzten Kreuzfahrerfestung. Palästina gerät in den Herrschaftsbereich der in Kairo residierenden Mameluken. 1516 beginnt dann die fast vierhundertjährige Herrschaft der Osmanen, die erst 1918 zu Ende geht.

Im Vergleich zu anderen Provinzen des Osmanischen Reiches blieb das politische und wirtschaftliche Gewicht Palästinas eher gering. Außerhalb der städtischen Zentren – neben Jerusalem vor allem Nablus, Gaza, Akko, Haifa oder Jaffa – war das Land relativ dünn besiedelt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde die Gesamtbevölkerung auf maximal 300.000 geschätzt. Für die Osmanen hatte die Region vorwiegend strategische Bedeutung. Im Vordergrund stand die Entwicklung und militärische Sicherung der Pilgerroute nach Mekka und Medina. Ihr Schutz war für die Legitimation der osmanischen Dynastie als Vormacht des Islam wichtig und trug damit gleichzeitig – durch den Bau von Häfen, Straßen und logistischen Stützpunkten entlang der Pilgerroute – zur Entwicklung von Infrastruktur und Wirtschaft in Palästina bei.

Die politischen Reformen im Osmanischen Reich um die Mitte des 19. Jahrhunderts erfassten auch Palästina. Es kam zu einer Modernisierung der Verwaltung und einer stärkeren Einbeziehung lokaler Eliten in politischen Entscheidungen. Das Bildungswesen machte mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht erhebliche Fortschritte. An den staatlichen Schulen wurden Fächer angeboten, die sich an europäische Lehrpläne anlehnten. Daneben gab es eine beträchtliche Zahl ausländischer Privatschulen zum Beispiel europäischer oder amerikanischer Missionsgesellschaften, die sich unter anderem einer besseren Berufsausbildung widmeten.

Die osmanische Reformpolitik übte darüber hinaus positive Impulse auf Handel und Gewerbe aus. Ebenso wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung war der Zustrom von Pilgern, aber auch von Touristen. Seit 1850 bestanden regelmäßige Passagierschiffsverbindungen von den europäischen Mittelmeerhäfen nach Beirut und in die palästinensischen Küstenstädte Akko, Jaffa und Haifa. Reisebüros wie Thomas Cook nahmen «das Heilige Land» in ihr Programm auf. Jährlich zehn– bis zwanzigtausend Reisende kamen nach Jerusalem und den weiteren christlichen Stätten.

1892 wurde die erste Eisenbahnverbindung von Jaffa nach Jerusalem eröffnet und Palästina in den kommenden Jahren an das expandierende Eisenbahnnetz angeschlossen, das über die Türkei nach Europa führte. Die berühmte Hedjaz Bahn erlaubte nach ihrer Fertigstellung 1905, mit dem Zug von Medina nach Berlin zu reisen. Bereits 1859 hatte die österreichische Post einen regelmäßigen Dienst nach Jerusalem eröffnet, gefolgt von ähnlichen Verbindungen aus Deutschland, Frankreich oder Italien.

Als die ersten zionistischen Siedler in den 1880er Jahren nach Palästina kamen, befand sich das Land in einer Modernisierungsphase. Die Bevölkerung war von 300.000 zu Beginn des Jahrhunderts auf fast eine halbe Million angestiegen, darunter 87% Muslime, knapp 10% Christen und rund 4% Juden. Einem verbreiteten Klischee zufolge fanden die jüdischen Einwanderer zu dieser Zeit ein angeblich menschenleeres und zurückgebliebenes Niemandsland vor – «ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land», das «die Wüste zum Blühen gebracht» habe, wie es in der politischen Rhetorik der Epoche hieß. Dieser Mythos hat zum Teil bis heute überlebt. Die Pionierleistungen der jüdischen Einwanderer und des späteren Staates Israel können und sollen damit jedoch in keiner Weise in Abrede gestellt werden.

Wie bekannt, war Palästina von 1914 bis 1945 Objekt europäischer Kolonialinteressen. Großbritannien stieg während des Ersten Weltkriegs zur Hegemonialmacht in Palästina auf. Triebkraft der englischen Nahostpolitik war die Sicherung der See- und Landwege nach Indien, die zum großen Teil durch Territorien führten, die von den Osmanen kontrolliert wurden. Das strategische Ziel Englands war die Zerstörung der osmanischen Herrschaft in der Region und wurde mittels einer höchst widersprüchlichen Politik verfolgt. Den Arabern wurde ein unabhängiges Arabisches Königreich versprochen, den Juden eine nationale Heimstatt auf dem gleichen Territorium, das aber – zunächst in geheimen Absprachen und nach Beendigung des 1. Weltkrieges dann ganz offen – in ein britisches und ein französisches Mandatsgebiete aufgeteilt wurde. Palästina, Transjordanien und der Irak wurden dem britischen Herrschaftsgebiet zugeschlagen, während Frankreich den Libanon und Syrien erhielt.

Das Konfliktpotential, das sich aus diesen widersprüchlichen Zusagen ergab, kam dann auch sehr bald zum Ausbruch. Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern und Terrorakte bestimmten zunehmend das tägliche Leben in Palästina. Sie waren zunächst Ausdruck des Konflikts zwischen Immigranten und der angestammten Bevölkerung, die sich gegen die jährlich steigende Einwanderung zur Wehr setzte. Von 1922 bis 1946 stieg die Zahl der jüdischen Bewohner im britischen Mandatsgebiet von rund 95.000 auf über 600.000.

In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass der arabische Widerstand gegen das zionistische Projekt politischer und nicht ideologischer Natur war. Er diente der Verteidigung sozialer, ökonomischer und politischer Interessen und wurzelte nicht in einer rassistischen Gesinnung. Der Antisemitismus ist ein europäisches Phänomen. Er hat keine Wurzeln in der muslimisch-arabischen Welt, da die Juden stets ein integraler Bestandteil der nahöstlichen Gesellschaften waren. Antisemitismus war dementsprechend kein bestimmendes Motiv gegen die jüdische Einwanderung. Weder religiös noch historisch war das Bild der Juden in der muslimischen Gesellschaft so belastet, wie dies im christlichen Abendland der Fall war.

Während des Zweiten Weltkrieges kam die legale Migration der Juden nach Palästina fast völlig zum Erliegen, nachdem Großbritannien die Unruhen, welche durch die ständig wachsende Zahl der Einwanderer ausgelöst wurden, durch die Festlegung jährlicher Quoten unter Kontrolle zu bringen suchte. Terrorakte richteten sich dementsprechend zunehmend gegen die britische Kolonialverwaltung, die der Schaffung eines jüdischen Staates im Wege stand. Die Zunahme der Gewalt, aber auch der Beginn der Entkolonialisierungspolitik weltweit bewegten Großbritannien, sein Mandat zurückzugeben. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen stimmte 1947 der Teilung des ehemaligen britischen Mandatsgebiets in einen arabischen Staat sowie einen jüdischen Staat zu, verbunden durch eine Wirtschaftsunion. Jerusalem sollte einen Sonderstatus erhalten und unter internationale Verwaltung gestellt werden.

Die Gründung des Staates Israel bedeutete für die jüdische Bevölkerung die Verwirklichung des Traumes von Emanzipation, nationaler Selbstbestimmung und der Schaffung einer Heimat für die in der Diaspora lebenden Juden. Für die arabischen Bewohner Palästinas waren die Staatsgründung und die an sie anschließende Vertreibung eine politische und menschliche Katastrophe.

In dem deutschen Standardwerk zur Geschichte Palästinas von Gudrun Krämer, dem ich auf weite Strecken gefolgt bin, kommentiert die Verfasserin die Ereignisse von 1947/48 wie folgt: *Naturgemäß seien die Palästinenser «gegen die Teilung und die Gründung des jüdischen Staates auf dem Territorium (gewesen), das sie als ihre ... Heimat betrachteten. Es konnte nicht sein, dass die Araber Palästinas die Schuld der Europäer beglichen, die ihre eigenen Juden erst diskriminiert, dann verfolgt und schließlich auszurotten versucht hatten, um ihnen dann ... ein Land zu schenken, das ihnen nicht gehörte».*

Arabische Politiker erkannten sehr wohl das Leid an, das den europäischen Juden zugefügt worden war. Im Oktober 1944 hatten die versammelten arabischen Staatsoberhäupter im sog. Alexandria-Protokoll, dem Dokument, aus dem wenig später die Arabische Liga hervorging, in diesem Sinne Folgendes festgehalten:

«Die Kommission erklärt zugleich, dass sie niemanden in dem Bedauern über die Leiden nachsteht, die den Juden Europas durch europäische Diktaturen zugefügt wurden. Aber ... es kann kein größeres Unrecht geben, als wenn das Problem der Juden Europas durch ein anderes Unrecht gelöst wird...»

Nach diesem kursorischen Gang durch die Geschichte Palästinas als Schauplatz rivalisierender Machtinteressen möchte ich zum Abschluss des ersten Teiles noch einige Bemerkungen zu Palästina als Raum kultureller Begegnungen machen. Die jüdische, christliche und muslimische Tradition haben im Guten wie im Bösen, in Konflikt, aber auch im Austausch miteinander, den besonderen Charakter Palästinas geprägt:

Zunächst das Judentum: Seit den biblischen Erzählungen ist die Verbindung von Religion und Territorium bis in die Gegenwart hinein ein Kernelement der jüdischen Tradition. Wie in vielen Kulturen wurden rechtliche Ansprüche auf Land mit der Berufung auf die Götter legitimiert. Die Bibelwissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang von «Geo-Theologie», das heißt der Verbindung geographischer Regionen mit religiösen Erwartungen und Attributen – hier also dem «heiligen Lande», das nach der jüdischen Tradition dem Volke Israel von Gott als ewiger Besitz übertragen wurde. Einen besonderen Rang nahm und nimmt Jerusalem als religiöses Zentrum ein. So wie sich bei den Muslimen die Moscheen nach Mekka orientieren, wurden viele Synagogen nach Jerusalem ausgerichtet. Jerusalem als Ziel der Sehnsucht der Gläubigen findet seinen Ausdruck auch in Liturgie und Gebeten des Judentums.

Sodann die christliche Tradition: Jerusalem und Zion als Land der Bibel nahmen bereits im frühen Christentum eine hervorgehobene Stellung ein. Nach der Erklärung des Christentums zur Staatsreligion durch Kaiser Konstantin verbreitete sich der Begriff des «heiligen Landes» im Römischen Reich. Mit einem groß angelegten Bauprogramm von Kirchen und Klöstern an den Stätten des Lebens Jesu wurde Jerusalem der Stempel einer christlichen Stadt aufgeprägt. Angesichts des Aufstiegs von Rom als Mittelpunkt der christlichen Welt erreichte Jerusalem allerdings nicht die zentrale religiöse Bedeutung der jüdischen Tradition. Wie wichtig dennoch Jerusalem als christliches Symbol durch die Jahrhunderte blieb, zeigt beispielsweise Venedig. Die Republik bezeichnete sich im 15./16. Jahrhundert als «Nuove Gerusalemme», Kiew und Moskau nannten sich ebenfalls das «Neue Jerusalem». Auch in den Vereinigten Staaten fand die Gleichsetzung der Pilgrim Fathers mit dem auserwählten Volk und Jerusalems mit Amerika – «*the shining city on the hill*» – Eingang in die politische Rhetorik.

Und nicht zuletzt die muslimische Tradition: Als die Muslime 638 Jerusalem eroberten, fanden sie eine christliche Stadt vor. Parallel zum Judentum entwickelte sich auch im Islam die Vorstellung, dass Palästina ein den Arabern anvertrauter, unveräußerlicher muslimischer Besitz sei. Heute findet sich dieses Gedankengut zum Beispiel in der Charta der Hamas von 1988 wieder. Die Hervorhebung Jerusalems als religiöses Zentrum des Islam fand insbesondere unter den Omayyaden durch rege Bautätigkeit ihren Ausdruck, welcher der Stadt mit dem Felsendom und der Al-Aksa Moschee ihr spezifisch islamisches Gepräge gab. Das religiöse Gewicht Jerusalems wurde durch die Einbeziehung in die islamische Mythologie weiter akzentuiert. Allerdings zog die Bedeutung von

Mekka und Medina der Zentralität Jerusalems Grenzen – ähnlich wie dies für die Christen in Bezug auf Rom der Fall war.

Der historische Raum Palästina war durch die Jahrhunderte Lebensmittelpunkt seiner muslimischen, christlichen und jüdischen Landesbewohner, wurde aber auch für die jeweiligen Gläubigen außerhalb des «heiligen Landes» ein Erinnerungsort von hohem emotionalen Gehalt. Das Land war ein Schauplatz nicht immer konfliktfreier, aber vorwiegend doch friedlicher Koexistenz von Islam, Judentum und Christentum, bevor der Nationalismus des 19. Jahrhunderts Spaltung und Konfrontation brachte.

Deutsche Palästinalpolitik im 19. Jahrhundert und die Tätigkeit deutscher Missionare

Vor der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert war die arabische Welt im Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit weitgehend in Vergessenheit geraten. Dies änderte sich mit dem Feldzug Napoleons nach Ägypten und Syrien 1798. Die kurzfristige Eroberung von Ländern, die zum Osmanischen Reich gehörten, bildet den Ausgangspunkt für die Auseinandersetzungen um das Erbe des Osmanischen Reiches, welche die europäischen Staaten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges bewegen sollte. Die «orientalische Frage» erhöhte damit auch das außenpolitische Interesse an Palästina als osmanischer Provinz. Bereits 1838 richteten die Briten in Jerusalem ein Konsulat ein, gefolgt 1842 von Preußen, 1843 von Frankreich, 1844 von den USA und kurz darauf von Österreich, Spanien und Rußland.

Die Schwäche des «kranken Mannes am Bosphorus» löste neben politischen Motiven auch eine von religiösen Strömungen angetriebene Einflussnahme auf Palästina aus. Sie fand in Bezug auf Deutschland 1841 mit der Gründung des Anglo-Preußischen Bistums in Jerusalem einen ersten sichtbaren Ausdruck. Das Bistum wurde durch die Reformen im Osmanischen Reich ermöglicht, welche unter anderen die Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften vorsah. Die neuen Freiheiten erlaubten neben einer verstärkten Missionstätigkeit die Förderung des Bildungs- und des Gesundheitswesens in Palästina, dem sich eine Vielzahl christlicher ausländischer Institutionen widmeten.

Eine deutsche Palästinalpolitik, die den Namen verdient, gab es jedoch erst seit 1880. Bis dahin hatte Reichskanzler Bismarck mit seiner Konzentration auf Europa das Reich von jeglicher Einmischung in orientalische Angelegenheiten ferngehalten – der Stimmung in der Öffentlichkeit entsprechend, die Goethe im Faust so unnachahmlich wiedergegeben hatte:

«Nichts Bess'eres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, wenn hinten, fern, in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen. Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus, und sieht am Fluß die bunten Schiffe gleiten. Dann geht man abends froh nach Haus, und lobt sich Fried und Friedenszeiten».

Dieses idyllische Bild änderte sich mit der Thronbesteigung Wilhelms II. und seinen weltpolitischen Ambitionen, die ihn bereits 1889 zu einem Staatsbesuch nach Konstantinopel reisen ließen. 1898

folgte die Palästina-Reise, deren bleibendes Denkmal, die Erlöserkirche, am Reformationstag vom Kaiser eingeweiht wurde. Andere bedeutende Bauten aus diese Epoche wie die Weihnachtskirche in Bethlehem, die Kaiserin-Auguste-Viktoria-Stiftung auf dem Ölberg oder die Benediktinerabtei Dormitio sind bis heute markante Zeichen der damaligen deutschen Aktivitäten in der Region.

Es muss jedoch betont werden, dass Palästina für die Außenpolitik des Kaiserreiches stets ein untergeordnetes Thema blieb. Trotz des Drucks kolonialistischer Kreise wie dem Alldeutschen Verband oder dem Deutschen Kolonialverein für eine aggressivere, imperialistische Politik im Nahen Osten verzichtete die Reichsregierung bewusst auf offensive wirtschaftliche und politische Maßnahmen. Eine Ausnahme bildet die führende deutsche Beteiligung an der Bagdad- und Hedjaz-Bahn, von der noch zu sprechen sein wird.

Die deutsche Präsenz in Palästina war demnach nicht Teil des Ringens um Einflussphären im Vorderen Orient, das besonders für England und Frankreich im Vordergrund stand. Die hervorgehobene Stellung Deutschlands war vielmehr nicht-staatlichen Initiativen zu verdanken, die mit unpolitischen Motiven ab 1850 ihre Tätigkeit aufnahmen. Die Gründer des Kaiserswerther Diakonissenhauses oder des Syrischen Waisenhauses kamen, wie auch die Templer, nicht als Abgesandte deutscher Staaten nach Palästina, sondern entstammten dem Pietismus oder den diversen Erweckungsbewegungen, die in Deutschland, der Schweiz und Schweden zu den wichtigen Strömungen des Zeitgeistes im 19. und frühen 20. Jahrhundert gehörten. Auch Amerika wurde davon berührt. 1881 führten die Amerikaner Anna und Horatio Spafford eine Gruppe von Christen aus Chicago nach Palästina und gründeten die sogenannte «amerikanische Kolonie», um dem Erscheinen des Messias nahe zu sein, an dessen unmittelbares Bevorstehen viele Mitglieder der Erweckungsbewegungen glaubten.

Die «American Colony» bestand als religiöse Gemeinschaft bis in die späten 1940er Jahre. Ihr Gemeindehaus wurde später in das «American Colony Hotel» umgewandelt, das diesen Namen bis heute trägt und nach wie vor das stilvollste Hotel in Jerusalem ist. 1992 trafen sich hier erstmalig Vertreter der PLO und Israels zu Verhandlungen, die schließlich zu den bekannten Oslo-Vereinbarungen von 1993 führten.

Der amerikanischen Gemeinschaft schloss sich 1896 eine Gruppe schwedischer Bauern an, die aus religiösen Gründen nach Palästina ausgewandert waren. Ihrem Schicksal hat Selma Lagerlöf mit dem Roman «Jerusalem» ein literarisches Denkmal gesetzt, der auch in Deutschland bei Erscheinen zu Beginn des 20. Jahrhunderts große Aufmerksamkeit fand.

Wie erwähnt, entstammten die Palästina-Deutschen einer Frömmigkeitsbewegung, die Jerusalem erneut zu einem Zentrum geistig-religiöser Erwartungen und Hoffnungen machte. Sie kamen vor allem aus Süddeutschland und aus dem Rheinland, aber auch aus Berlin. Dort hatten prominente Protestanten 1853 den Jerusalemverein gegründet, dessen Hauptzweck die ideelle und finanzielle Förderung evangelischer Einrichtungen in Jerusalem war. Der preußische Hof unterstützte diese Aktivitäten. König Friedrich Wilhelm IV. begrüßte die Errichtung des bereits erwähnten Anglo-Preußischen Bistums, das 45 Jahre lang bestand, ehe es an politischen Differenzen zerbrach.

Das Interesse an Jerusalem, das zu dieser Zeit in Teilen der deutschen Gesellschaft verbreitet war, hat neben anderen auch Thomas Mann in den Buddenbrooks literarisch verarbeitet. Hierzu ein Zitat:

«...die Konsulin Buddenbrook, in ihrem Kleide aus schwerem schwarzen Atlas, ihrem weißen, vornehmen Gesicht und ihrer noch weißeren Spitzenhaube ...begründete auch den 'Jerusalemsabend' ... Einmal wöchentlich saßen an der lang ausgezogenen Tafel im Eßsaale beim Schein von Lampen und Kerzen etwa zwanzig Damen, die in dem Alter standen, wo es an der Zeit ist, sich nach einem guten Platz im Himmel umzusehen, tranken Tee und aßen fein belegtes Butterbrot, lasen sich geistliche Lieder und Abhandlungen vor und fertigten Handarbeiten, die am Ende des Jahres in einem Basar verkauft wurden und deren Erlös zu Missionszwecken nach Jerusalem geschickt wurden».

Zusammenfassend kann die Palästina-Politik europäischer Staaten und die Ausbreitung christlicher Aktivitäten im 19. Jahrhundert als ein Beispiel für die Verquickung politischer und religiöser Motive angesehen werden. Religiöse Argumente erleichterten es den europäischen Großmächten, ihren Ansprüchen an das Erbe des untergehenden Osmanischen Reiches zusätzliche Legitimität zu verleihen. Wie erwähnt, hielt sich die deutsche Außenpolitik dabei eher zurück, während Großbritannien aus geostrategischen Gründen – vor allem wegen der Sicherung der Land- und Seewege nach Indien – seine Interessen in der Region mit wachsendem Nachdruck vertrat. Hinzu kam, wie Roland Löffler in seiner Untersuchung über die Protestanten in Palästina sagt, »...eine biblisch romantische Faszination für den mystischen Orient. In der Patriarchenluft des reinen Ostens, um es mit Goethes West-Östlichem Diwan zu sagen, hoffte der europäische Geist seine Suche nach Weite, Schönheit und Originalität befriedigen zu können».

Im Zuge dieser Sehnsucht wurde der Orient im 19. Jahrhundert fester Bestandteil von Bildungsreisen und Ziel zahlreicher Maler und Schriftsteller wie Eugène Delacroix, David Roberts, Gérard de Nerval oder Gustave Flaubert. Die Auseinandersetzung mit dem «Morgenland» führte zur Herausbildung eines eigenen Genres, das unter dem Begriff «Orientalismus» in die Kulturgeschichte eingegangen ist. Im 19. Jahrhundert nahm die deutsche Orientalistik aufgrund ihrer wissenschaftlichen Qualität eine führende Stellung ein – nicht zuletzt, weil sie von kolonialen Interessen unberührt blieb. Demgegenüber nahm die französische und britische Orientalistik im Zeitalter des Imperialismus eine ausgesprochen politische Färbung an.

Durch die Auseinandersetzung mit der muslimischen Welt und den dabei weiterhin vorhandenen Stereotypen haben die Orientwissenschaften zu Beginn des 21. Jahrhunderts einen erneuten Aufschwung genommen. Ein Klassiker in diesem Bereich ist das bereits 1978 erschienene Buch «Orientalismus» des in Palästina geborenen Literaturwissenschaftlers und Intellektuellen Edward Said, das aufgrund seiner Aktualität 2009 erneut in deutscher Sprache erschien.

Das Interesse am Orient ist also ungebrochen. Es wird geschätzt, dass zwischen 1800 und 1950 rund sechzigtausend Bücher zu orientalischen und nahöstlichen Themen veröffentlicht wurden. Diese Intensität der Beschäftigung findet seitens Autoren, die aus dem Nahen und Mittleren Osten über den Okzident geschrieben haben, kein Äquivalent.

Bevor wir uns dem nächsten Schwerpunkt zuwenden – dem Bau der Bagdad-Bahn - möchte ich noch einen kurzen Blick auf die Tätigkeit deutscher Archäologen werfen. Sie bildet ein wichtiges Kapitel der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Palästina. Die deutsche Archäologie konzentrierte sich insbesondere auf die Biblische Archäologie, welche den Versuch unternimmt, anhand archäologischer Funde das Bild des heiligen Landes um Christi Geburt zu rekonstruieren. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden in diesem Bereich eine Reihe wissenschaftlicher Institutionen wie der «Deutscher Verein zur Erforschung Palästinas» (1877) oder das «Deutsches Evangelisches Institut für Altertumskunde des heiligen Landes» (1898) gegründet, das bis heute besteht. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts erfolgten die ersten Grabungen durch deutsche Archäologen wie Ernst Sellin und Carl Watzinger, die später vor allem durch britische und amerikanische Wissenschaftler fortgeführt wurden.

II. Wir kommen nun zu einem zweiten Schwerpunkt, der Rolle Deutschlands bei dem Eisenbahnbau im Vorderen Orient

Zu den bis heute sichtbaren Zeugnissen der deutschen Präsenz in Palästina bis zum Ersten Weltkrieg gehören die Bagdad- und Hedjaz-Bahn. Auf der Wende zum 20. Jahrhundert wurde das Land an das expandierende Netz des Osmanischen Reiches angeschlossen. Wie in Europa und Amerika waren die großen Eisenbahnprojekte in dieser Zeit auch hier Symbol für Fortschritt und Entwicklung.

Die Gründe für den Bau der Hedjaz-Bahn waren in erster Linie ökonomischer und strategischer Natur. Zunächst sollte die Bahn der besseren wirtschaftlichen und politischen Integration der arabischen Provinzen in das türkische Mutterland dienen. Hinzu kam die strategische Bedeutung der Bahn, die rasche Truppenverlagerungen in die Randgebiete ermöglichte. Die Verbindung zwischen Istanbul als dem Sitz des Kalifats und den heiligsten Städten des Islam im Hedjaz sollte darüber hinaus den religiösen Führungsanspruch der Osmanen in der muslimischen Welt unterstreichen. Die Organisation der jährlichen Pilgerfahrt nach Mekka war schon immer eine Prerogative Istanbuls gewesen und fand mit dem Bahnbau eine sichtbare Akzentuierung.

Angesichts der engen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Osmanischen Reich war eine deutsche Beteiligung an dem Bahnbau nahe liegend und wurde von beiden Regierungen aktiv gefördert. Kaiser Wilhelm II. setzte sich persönlich für den Bahnbau ein, der während des Ersten Weltkriegs eine strategische Bedeutung auch für das Reich erhalten sollte. Mit dem Zugang zu den Erdölvorkommen in Mesopotamien wurde die Hoffnung verbunden, sich von Ölimporten aus den USA unabhängig machen zu können. Die Bagdad-Bahn entstand unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Unternehmen. Die Schienen lieferte die Krupp-AG, die Lokomotiven stammten von Borsig, Henschel oder Maffei, Bahnhöfe und Strecken wurden von Philipp Holzmann gebaut. An der Finanzierung beteiligte sich die Deutsche Bank mit 40% sowie der Wiener Bankverein, die Schweizer Kreditanstalt und die Banca Commerciale Italiana.

Ab 1900 übernahm der aus Dresden stammende Ingenieur Heinrich Meißner die Fortführung der Eisenbahnlinie von Damaskus nach Medina – eine Strecke von 1300 km Länge durch teilweise

schwieriges Gelände. Sie wurde 1908 fertig gestellt. Außerdem baute Meißner in dieser Zeit die Verbindung zur palästinensischen Mittelmeerküste mit Endstationen in Haifa und Jerusalem.

Während des Ersten Weltkriegs stand die Türkei, wie bekannt, auf der Seite des Deutschen Reiches. Für Palästina hatte dies zur Folge, dass ab 1914 die Konsulate und Schulen der gegnerischen Mächte, vor allem Englands und Frankreichs, geschlossen wurden. Das Reich wurde damit die führende ausländische Macht vor Ort, wobei die Bahn als Nachschublinie eine wichtige Rolle spielte. Palästina diente als Aufmarschgebiet und Jerusalem als Standort deutscher Truppen, die zu Aktionen gegen die britischen Stellungen in Ägypten zusammengezogen wurden. Aus der Auguste-Viktoria-Stiftung wurde das Hauptquartier des deutschen Oberkommandos, aus dem Muristan-Hospiz wurde ein Offizierskasino und aus der Erlöserkirche eine Garnisonskirche. Stabsoffiziere, Eisenbahningenieure und Verwaltungsbeamte sowie Geistliche, Ärzte oder Lehrer waren nicht nur in Palästina, sondern am Bosphorus, in Anatolien oder in Syrien tätig. Einer der Chronisten der deutschen Präsenz im Orient war der schwedische Asienforscher Sven Hedin, welcher dieser Epoche in einigen seiner Bücher ein literarisches Denkmal setzte.

Deutschlands hervorgehobene Stellung in Palästina ging mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg zu Ende. Am 8. Dezember 1917 verließen die letzten deutschen Soldaten Jerusalem. Auf dem Ölberg wurde die britische Flagge gehisst. Der Traum von einem «deutschen Jerusalem», der vor und während des Ersten Weltkrieges viele Gemüter bewegt hatte, war zu Ende.

Der Bahnbau verdient jedoch auch unter anderen Gesichtspunkten erwähnt zu werden. Hedjaz- und Bagdad-Bahn sind Beispiele für die erste Welle der Globalisierung zu Ende des 19. Jahrhunderts. Dem freien Verkehr von Kapital, Gütern und Personen über nationale Grenzen hinweg war jedoch nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Die globalisierende Welt vor 1914 versank in den Trümmern des Ersten Weltkriegs.

In den 1960er Jahren gab es Überlegungen für eine Wiederbelebung der Hedjaz-Bahn, die aber nach dem Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten 1967 eingestellt wurden. Wer heute durch Saudi-Arabien reist, kann noch die Reste von Bahnhöfen, Gleisanlagen oder Lokomotiven betrachten, soweit sie der Sand der Wüste freigegeben hat. Die einzige Strecke, die gegenwärtig betrieben wird, ist die Verbindung zwischen Amman und Damaskus, auf der wöchentlich einige Züge verkehren. Auf dem Bahnhof der jordanischen Hauptstadt stehen liebevoll gepflegte alte Lokomotiven, die für besondere Anlässe reaktiviert werden – Überreste einer großen Eisenbahngeschichte und einer versunkenen Epoche deutscher Präsenz im Vorderen Orient.

III. Palästina und das Deutsche Reich

Bevor wir uns einer eher bizarren Periode der deutsch-palästinensischen Beziehungen zuwenden – der Begegnung des Mufti von Jerusalem mit Adolf Hitler und anderen Repräsentanten des nationalsozialistischen Deutschland – möchte ich noch einen kurzen Blick auf die Zwischenkriegszeit werfen.

Wie erwähnt, war die deutsche Palästina-Politik mit Ausnahme der Bagdad-Bahn generell von Zurückhaltung geprägt. In der so genannten Weltmachtspolitik Wilhelms II. hatte der Vordere Orient keine hervorgehobene Rolle gespielt. Die deutsche Außenpolitik von 1918 bis 1939 wies in dieser Beziehung eine gewisse Kontinuität auf, sie blieb unaggressiv und vergleichsweise desinteressiert. Ein Engagement gab es lediglich auf kulturpolitischem Gebiet. Das Auswärtige Amt unterstützte über seinen Kulturhaushalt die deutschen Schulen und kulturellen Einrichtungen im Heiligen Land, die in den 1920er Jahren nach Rückkehr der Palästina-Deutschen wieder geöffnet werden konnten.

Der jüdischen Einwanderung nach Palästina stand die Weimarer Republik durchaus positiv gegenüber. Seit 1918 gab es im Auswärtigen Amt eine Abteilung für jüdische Angelegenheiten, außerdem wurde ein «Deutsches Komitee für jüdische Palästina-Siedlungen» ins Leben gerufen.

In den ersten Jahren nach der Machtergreifung änderte sich zunächst wenig an dieser Linie. Hitler war während der Zwischenkriegszeit an ausgeglichenen deutsch-englischen Beziehungen interessiert und stellte die Vorherrschaft Großbritanniens im Vorderen Orient nicht in Frage. Die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina entsprach in dieser Phase den politischen Zielen des Nationalsozialismus, bevor die Vernichtung des Judentums in den Vordergrund trat. Während der ersten Hälfte der dreißiger Jahre bestand eine sich gegenseitig ergänzende Parallelität der Interessen: Die Nationalsozialisten forcierten die Auswanderung von Juden aus Deutschland, während die Zionisten in Palästina sie für den Aufbau ihres zukünftigen Staates benötigten.

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde von vielen Palästina-Deutschen als nationale Wiedergeburt begrüßt – und war damit ein Spiegelbild für die Reaktion weiter Teile der deutschen Gesellschaft, welche die demokratische Staatsform der Weimarer Republik nie wirklich angenommen hatten. Bald baute die NSDAP auch in Palästina ihre Parteiorganisation auf. Es gab Ableger der «Deutschen Arbeitsfront», des «NS-Lehrerbundes» oder der Hitlerjugend. Mancher Palästina-Deutsche wurde Parteimitglied; das Motiv hierfür war nicht notwendigerweise die nationalsozialistische Ideologie, sondern geschah häufig auch aus ganz praktischen Überlegungen. Ohne die Unterstützung der NS Regierung und speziell des Auswärtigen Amtes bei dem lebenswichtigen Devisentransfer aus Deutschland wären die wachsenden finanziellen Schwierigkeiten deutscher Institutionen in Palästina kaum lösbar gewesen.

Alle diese Probleme wurden mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges obsolet. Die deutschen Bildungsinstitutionen in Palästina wurden geschlossen und die Deutschen im Mandatsgebiet entweder interniert oder ausgewiesen.

Wurden damit bis zum Ende des Krieges alle deutsch-palästinensischen Beziehungen unterbrochen? Nicht vollständig, wie die folgende Episode zeigt. Die Kontakte zwischen Deutschland und der arabischen Welt verlagerte sich in dieser Zeit jedoch von der bisher dominierenden zivilgesellschaftlich-kulturellen Ebene auf das Gebiet der Außenpolitik. Wie kam es dazu?

Während des Zweiten Weltkriegs setzten viele Araber auf einen Sieg Deutschlands. Wie bereits erwähnt, waren die pro-deutschen Sympathien nicht ideologischer oder antisemitischer Natur, sondern entstanden aus der konkreten lokalen Problemlage. Die arabischen Nationalisten machten

England für die Turbulenzen im Vorderen Orient und für die jüdische Einwanderung verantwortlich. Sie erhofften sich von einem deutschen Sieg das Ende der britischen Kolonialherrschaft und damit der von ihr protegierten jüdischen Einwanderung.

Ein prominenter Repräsentant dieser Denkrichtung war der Mufti von Jerusalem, Hadj Mohamed Amin Al-Hussaini, eine schillernde Figur, die in der historischen Forschung bis heute kontrovers behandelt wird. Als Mufti von Jerusalem und damit Träger hoher religiöser Funktionen machte Al-Husseini Jerusalem zu **dem** Symbol des Widerstandes gegen das zionistische Projekt, das heißt der jüdischen Landnahme in Palästina.

Israelische oder arabische Darstellungen seiner Rolle weisen dementsprechend unterschiedliche Bewertungen auf – eindeutig negativ aus israelischer Sicht, ambivalent aus arabischer Perspektive, die ihm zumindest seinen unermüdlichen Einsatz für ein unabhängiges Palästina zugute hält. Al-Hussaini, der sein religiöses Amt von Anfang an zu politischer Einflussnahme nutzte, hatte bereits während des Arabischen Aufstands 1936 bis 1939 gegen die britische Kolonialherrschaft eine führende Rolle gespielt. England wurde für die Tolerierung der jüdischen Einwanderung verantwortlich gemacht, die 1935 eine höhere Zuwachrate als je zuvor erreicht hatte. Sie verschärfte die in der arabischen Bevölkerung aufgestauten Ängste, im eigenen Land zusehends marginalisiert zu werden. Der arabische Widerstand war, wie erwähnt, nicht Ausdruck einer rassistischen Gesinnung, sondern diente der Verteidigung existentieller politischer und wirtschaftlicher Interessen. Die Grenzen zwischen Anti-Zionismus und Antisemitismus wurden jedoch zunehmend fließend. Der Mufti von Jerusalem ist hierfür ein Beispiel.

Wie kam es nun zu seinen Beziehungen zum nationalsozialistischen Deutschland? Nach der Niederschlagung des Arabischen Aufstands entzog sich Al-Hussaini seiner Verhaftung durch die Flucht in den Irak. Er unterstützte dort die Revolte irakischer Nationalisten gegen den von Großbritannien eingesetzten König Faisal. Der Aufstand brachte 1941 eine anti-britische und pro-deutsche Regierung an die Macht. Zu ihrer Unterstützung flogen damals deutsche Bomber von Stützpunkten im Vichydominierten Syrien und Libanon aus Kampfeinsätze gegen britische Stellungen in Bagdad und Mosul. Al-Hussaini schrieb in dieser Zeit einen Brief an Hitler, mit dem er in der Rhetorik des Antisemitismus auf die Lage in Palästina hinwies: Nur durch Zurückdrängung der britischen Kolonialherrschaft könne die Übernahme Palästinas durch das «Weltjudentum» verhindert werden. Der Brief endete mit der Hoffnung auf Hitlers Sieg. Dem Putsch im Irak war jedoch nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Der Irak wurde von England zurückerobert und die Führer des Aufstandes exekutiert oder ins Gefängnis geworfen.

Dem Mufti gelang die Flucht nach Deutschland, wo er die nationalsozialistische Führungsspitze zu überzeugen suchte, ein Abkommen zu schließen, das die Befreiung der arabischen Staaten von der britischen Herrschaft und ein Ende des zionistischen Projekts vorsehen sollte. Im November 1941 wurde Al-Hussaini offiziell von Hitler empfangen, der jedoch öffentliche Zusagen für die Unabhängigkeit der arabischen Staaten ablehnte. Hier werden auch Rücksichtnahmen auf Mussolini eine Rolle gespielt haben, der nicht daran dachte, seine arabischen Kolonien in Nordafrika freizugeben.

Diese Absage hielt den Mufti jedoch nicht davon ab, sich über zahlreiche Rundfunksendungen in die Propagandamaschine des Dritten Reiches einspannen zu lassen. Auch wenn man Al-Hussaini zugute halten mag, für sein zentrales Ziel – die Unabhängigkeit Palästinas – einen Pakt mit dem Teufel geschlossen zu haben, waren seine Bemühungen, im Schatten des Holocaust die jüdische Einwanderung nach Palästina zu blockieren, moralisch unhaltbar und politisch zum Scheitern verurteilt.

IV. Eine Vision für die Zukunft

Ich komme zum Schluss. Wir haben uns bisher mit der Vergangenheit des historischen Raumes Palästina beschäftigt. Die Gegenwart ist hinlänglich bekannt: substantielle Bemühungen um einen Frieden stagnieren und machen den Nahen Osten unverändert zu einem der Krisengebiete der Welt.

Was könnte die Zukunft bergen? Lassen Sie mich mit einer These beginnen: Die Geschichte kennt keine unlösbaren Konflikte. Vom Ende des Kalten Krieges bis zur Überwindung der deutschen Teilung, von Vietnam über Sri Lanka bis Nordirland: Jahrzehnte andauernde Auseinandersetzungen fanden schließlich ihr Ende – teils friedlich, teils gewaltsam.

Auch im Nahen Osten sind alle Optionen offen – von einem vernunftbestimmten Ausgleich der legitimen Interessen der Konfliktparteien bis hin zur Fortsetzung von Fanatismus und Gewalt. An dieser Stelle sei es erlaubt, der politischen Phantasie einmal freien Lauf zu lassen und Ihnen folgendes Szenario für eine friedliche Zukunft des Nahen Ostens zu unterbreiten:

1. Die israelisch-palästinensische Auseinandersetzung wird durch die Vollendung des Beschlusses der Vereinten Nationen von 1947, das heißt der Teilung des historischen Palästina in einen israelischen und einen palästinensischen Staat, beendet. Die grenznahen Siedlungsblöcke werden gegen territoriale Kompensationen an anderer Stelle dem israelischen Staat einverleibt, alle übrigen Siedlungen werden aufgelöst. Das Flüchtlingsproblem findet durch finanzielle Kompensation und verkraftbare, von beiden Seiten vereinbarte Quoten für Rückkehrer eine realistische Regelung (Nach zahlreichen Umfragen, zum Beispiel im «Economist» vom 18. Mai 2008, würden ohnehin nur 10% der ehemaligen Flüchtlinge tatsächlich nach Israel zurückkehren wollen). Palästina wird ein entmilitarisierter Staat und eine internationale Friedenstruppe überwacht den Rückzug der israelischen Besatzungstruppen.
2. Alle diese Einzelheiten für eine Zweistaaten-Lösung liegen in detaillierter Ausformulierung bereits vor. Namhafte Israelis und Palästinenser haben hierzu 2003 einen umfassenden Friedensvertrag, die sog. **Genfer Initiative**, ausgearbeitet.
3. Nachdem der palästinensische Nationalismus durch die Gründung eines unabhängigen Staates seine Stunde gehabt hat, schließen sich Jordanien und Palästina zu einer Föderation zusammen und knüpfen damit an Strukturen an, die vor 1967 bereits bestanden haben. Zu einem späteren Zeitpunkt tritt Israel diesem Staatenbund bei, und es entsteht ein neues

Wachstumszentrum in der Region. Auch Syrien und Libanon schließen sich an. Ein solcher Zusammenschluss wäre ebenfalls eine Rückkehr zu historischen Strukturen, bildeten alle genannten Staaten als Teilgebiete der Provinz Syrien im Osmanischen Reich doch bereits einmal eine Einheit.

4. Die äußere Sicherheit dieses neuen Staatenbundes wird durch ein regionales Sicherheitssystem unter Einschluss Israels und des Iran gewährleistet. Eines seiner zentralen Ziele ist die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone Mittlerer Osten. Äußere Akteure, allen voran die Vereinigten Staaten, reduzieren ihre Präsenz, und ein System kollektiver Sicherheit ersetzt die alten Konfrontationen.

Ob eine solche Vision Utopie bleibt, hängt natürlich von vielen Imponderabilien ab. Zwei Faktoren dürften jedoch ausschlaggebend sein: Zum einen der Wille der betroffenen Gesellschaften, den 60-jährigen Krieg auch innerlich zu beenden. Dies verlangt von beiden Seiten die Überwindung erheblicher Hindernisse: von Israel die Anerkennung des Unrechts, das den Palästinensern bei der Staatsgründung durch die Vertreibung zugefügt worden ist. Und von den Palästinensern, die Legitimität des israelischen Staates anzuerkennen und die Zukunft nicht mehr durch erlittenes Unrecht zu verstellen. Für eine friedliche Koexistenz zwischen Israelis und Palästinensern wird es von fundamentaler Bedeutung sein, aus der gegenseitigen Opferrolle herauszufinden und sich aus den Traumata der Furcht vor existentieller Vernichtung einerseits, von Niederlagen, Vertreibung und Unterdrückung andererseits zu lösen. Die Weitergabe dieser Erfahrungen von Generation zu Generation – so wichtig sie für die Erinnerungskultur beider Gesellschaften auch ist – birgt für beide Seiten stets die Gefahr, politisch manipuliert zu werden.

Und ebenso wichtig für eine Bereinigung des Konflikts ist die Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft, ihr Interesse an seiner Beendigung mit allem erforderlichen Nachdruck durchzusetzen.

Der historische Raum Palästina und die Region insgesamt dürfte erst dann prosperieren, wenn sie nicht mehr Schauplatz rivalisierender Machtinteressen ist, sondern ein kooperatives Staatensystem entwickelt, in dem sich das Potential aller Teilnehmer zu gegenseitigem wirtschaftlichen und kulturellen Austausch entfalten kann. Die beherrschende Tendenz in unserem Jahrhundert scheint die Bildung regionaler Zusammenschlüsse zu sein, ob in Europa, in Asien oder in Lateinamerika. Der Nahe Osten ist in Gefahr, weiter zurückzufallen, wenn es nicht gelingt, sich dieser Entwicklung anzuschließen.
